



# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preistabelle 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 4.—10. März ist die Beitragsmarke in das mit 10 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Ernährungsfrage und Agrarpolitik.

Der gegenwärtige Zustand unserer Ernährungswirtschaft beweist uns, in welcher verhängnisvollen Abhängigkeit sich die Bevölkerung der Städte und Industriegegenden gegenüber den landwirtschaftlichen Produzenten befindet. Scharf ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land hervorgetreten, und es bedarf starker Selbstbeherrschung derjenigen, die unter dem Verjagen unseres Agrarsystems jetzt Not und Unterernährung leiden, um auch gegenüber einer so offensbaren Ungleichheit noch die Notwendigkeit zu erkennen, daß trotzdem und allem durchgehalten werden muß. Denn nicht allein um die Frage handelt es sich, ob unsere Ernährungswirtschaft sich bewährt hat. Hierüber dürfte es bei allen, die beruflich und politisch nicht zum Agrarierum gehören, nur eine übereinstimmende Meinung geben. Es steht eben die Zukunftsfähigkeit des ganzen Volkes auf dem Spiele, und dieser größere Gesichtspunkt legt den Rahmen, die jetzt nicht satt zu essen haben, eine Diktatur auf, deren moralische Größe im umgekehrten Verhältnis zu den Praktiken steht, die im Verlauf des Krieges auf dem Lebensmittelmarkt zutage traten. Mangel und Leuerung sind die Kennzeichen unserer Kriegswirtschaft, besonders aber unserer Ernährungswirtschaft. Und der Hinweis auf das feindliche Ausland, in dem es angeblich ebenso ist, kann uns nicht überzeugen. In England, dem die ganze Welt zur Verfügung steht, kann niemals ein Zustand eintreten, wie jetzt bei uns, Frankreich und Italien nehmen teil an den englischen Hilfsquellen, und Rußland mit seinem ungeheuren Agrargebiet ist in seiner Ernährungswirtschaft auf fremde Hilfe nicht angewiesen. Wenn in Rußland einmal Störungen in der Nahrungsmittelversorgung eintreten, so handelt es sich um Fehler in der Organisation und um örtliche Erscheinungen, nimmermehr aber um einen Mangel, der für die Gesamtheit der Bevölkerung bedenklich werden könnte. Mag sonst in Rußland manches nicht stimmen, zu essen haben die Russen unter allen Umständen mehr wie wir.

Die namhaften Vorräte an ausländischem Zuschuß, die bei Ausbruch des Krieges im Lande vorhanden waren, ließen uns zuerst den Ernst der Sachlage nicht erkennen. Diese Vorräte waren auch auf dem Gebiete der Nahrungsmittel so bedeutend, daß darüber die Erwägung, wie es um unsere Ernährungswirtschaft bestellt ist, wenn wir ganz auf die eigene Produktion angewiesen sind, ganz in den Hintergrund trat. Selber ist diese Frage nie mit der wissenschaftlichen Gründlichkeit, die wir sonst auf nebenfachliche Dinge verwendet haben, behandelt worden. Der gegenwärtige Notzustand beweist uns die Ungleichheit unseres Ernährungssystems, und wir spüren es jetzt am eigenen Leibe, daß die deutsche Landwirtschaft, entgegen allen Behauptungen von agrarischer Seite, nicht in der Lage ist, das deutsche

Volk ausreichend zu ernähren. Es wäre schlimm um uns bestellt, wenn sich erweisen würde, daß der uns zur Verfügung stehende Boden nun einmal nicht ausreicht zur Ernährung der Gesamtbevölkerung. Schlimmer aber wäre es, wenn Fehler des Systems und der Organisation, oder wenn gar persönliche Willkür zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes mitwirken könnten.

Der Kriegszustand legt uns in unserer Lebenshaltung und in allen Einzelgebieten des bürgerlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Lebens sehr starke Einschränkungen auf, die am empfindlichsten in der Ernährungswirtschaft in die Erscheinung treten. Wenn angesichts solcher kritischen Zustände die Forderung erhoben wird, daß auch die Landwirtschaft, wie alle anderen Produktionsgebiete, das Höchstmaß der möglichen Leistung erleiht, so erscheint das allen denen, die in der jetzigen schweren Zeit das Allgemeininteresse über das Interesse einzelner Bevölkerungsschichten stellen, als eine Forderung der Selbstverständlichkeit. Welches Bestreben es im Lande erregt, wenn dieser Forderung Widerstand entgegengesetzt wird, scheint man sich in den in Betracht kommenden Kreisen nicht in ganzer Tragweite bewußt zu sein. Und wenn selbst die verantwortlichen Leiter unserer Ernährungswirtschaft sich gegenüber der Forderung des landwirtschaftlichen Produktionszwanges ablehnend verhalten und hier den Grundsatz der Freiwilligkeit vertreten, so ist das eine der unbegreiflichsten Erscheinungen dieses Krieges. Der Eindruck, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, verschärft sich mit jedem Vergleich, den wir nach anderen Gebieten hin ziehen. Tritt der eiserne Zwang des Krieges nicht in allen Verhältnissen zutage? Müssen wir uns nicht in hundertfältiger Weise Zwang auferlegen, um den schweren Anforderungen dieser außerordentlichen Zeit zu genügen? Und die Landwirtschaft, die das Fundament für die Lebensbedingungen des Volkes sein sollte, soll das nicht können?

Wenn dieser Krieg endlich einmal vorüber ist und wir an die Aufgabe heran gehen können, unser zerrüttetes Innenleben wieder neu aufzubauen, werden sich in der Frage der Ernährungswirtschaft in der Hauptfrage zwei Meinungen scharf gegenüber stehen: Die eine wird von einer Interessentenminderheit vertreten sein, die auf die Leistungen der deutschen Landwirtschaft während des Krieges verweist und im Brustton überzeugter Genugtuung sagen wird: Wenn wir nicht waren, wenn wir das deutsche Volk nicht ernährt hätten in einer Zeit, in der wir von aller Welt abgeschlossen waren, dann war unsere Sache von Anfang an verloren. Das sind diejenigen, die an dem während der Kriegszeit beobachteten Nachlassen des Kapitalbestandes der landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskassen mit einem persönlichen Guthaben beteiligt sind. Ihnen steht die Masse der Anlagenden gegenüber, die an die Zeit der Rationierung und Entbehrung zurück denken und die der Meinung sind, daß es mit unserer Ernährungswirtschaft und Agrarpolitik unter keinen Umständen so weiter gehen kann wie

bisher. Das sind diejenigen, die in der Kriegszeit wirtschaftlich schwer geschädigt wurden, ihre Ersparnisse zusehen und Not litten.

Soll in Zukunft das Gesamtwohl des Volkes über dem Interesse einer einzelnen Klasse stehen, soll die Agrarfrage keine Agrarierfrage bleiben, sondern soll sie nach den Lehren des jetzigen Krieges auf die wahren Bedürfnisse eines Landes Rücksicht nehmen, das inmitten eines gewaltigen Entwicklungsprozesses zum Industriestaat steht, dann muß sich eine Änderung in der Ernährungswirtschaft vollziehen. Und sie muß entgegen allen widerstrebenden Elementen erzwungen werden. Nicht der Grundsatz privater Freiwilligkeit, der doch sehr stark von der Frage des materiellen Verdienstes beeinflusst wird, darf bestimmend auf die Menge der Produktion und auf die Wahl der anzubauenden Früchte wirken, sondern die verantwortlichen staatlichen Instanzen haben dafür zu sorgen, daß jede Frucht in ausreichender Menge angebaut wird. In einem Lande, in dem es eine standesamtliche Meldepflicht gibt, die Bevölkerungszahl feststeht und die Statistik sich auf einem gesicherten Kulturfundament aufbauen kann, sollte es kein Kunststück sein, das wirkliche Bedürfnis der Bevölkerung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen festzustellen. Und in jedem Bundesstaat ist die Mehrheit der Einwohner der Ansicht, daß die landwirtschaftlichen Ministerien dazu da sind, diese Berechnungen auf eine so sichere Grundlage zu stellen, daß damit im Ernstfalle die Probe aufs Exempel gemacht werden kann. In der Theorie hat man ja auch dieses und manches andere berechnet und unsere einschlägige Literatur wimmelt von Statistiken. Aber in der Praxis heißt es jetzt: rationieren, barben und Preise bezahlen, von denen sich vor dem Kriege selbst die unternehmungslustigsten Agrarier nichts haben träumen lassen.

Die Abhängigkeit, in der sich jetzt die nicht agrarische Bevölkerung befindet, läßt uns in einem Abgrund sehen. Dieser Abgrund gähnt zwischen Stadt und Land. Drüben der gesicherte Besitz des Bodens, der die Nahrung hervorbringt, die Handels- und Vermögensobjekt ist wie jede andere Ware und darum in ihrem Quantum, ihrer Beschaffenheit, ihrer Zusammenlegung und namentlich in ihrer Preisentwicklung spekulativen Einflüssen unterliegt. Hüben die Masse der Industrie- und Stadtbevölkerung, die unter allen Umständen auf die Nahrungsmittelversorgung angewiesen ist. Wie sehr der Grad der Abhängigkeit sich steigern kann, beweisen uns die jetzigen Zustände. Als zwingende Folgerung des Krieges ergibt sich für die Zukunft die Forderung, daß die Fundamentalfolge der Volksernährung aus dem Niveau der privatkapitalistischen Interessententzweiher heraus gehoben werden muß. Wenn irgendwo die elementare Notwendigkeit vorliegt, den Gesichtspunkt der Allgemeinwirtschaft den Interessen der Privatwirtschaft voran zu stellen, so ist es hier der Fall. Die Frage der auskömmlichen Ernährung darf in Zukunft nicht mehr der privaten Verantwortlichkeit der agrarischen Produzenten überlassen werden, sondern durch den Staat und

durch die Gesetzgebung ist die Gewähr dafür zu schaffen, daß Erzeugung und Verbrauch in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen. Und selbstverständlich haben die zuständigen Behörden die Verantwortung hierfür zu übernehmen. Da wird es allerdings ohne einen gewissen Produktionszwang, gegen den man auch jetzt inmitten der Kriegsnot eine so zarte Schen beobachtet, nicht abgehen. Dann dürfte und könnte es nicht vorkommen, daß man den Preis für ein bestimmtes Produkt künstlich in die Höhe schraubt, indem man die Anbaufläche vermindert und in diesem Produkt eine Knappheit hervorruft. Der Staat wird es im eigenen Interesse nach dem Kriege sehr nötig haben, eine auf das Gesamtwohl gerichtete Bevölkerungspolitik zu treiben. Die Basis hierfür ist die Agrarfrage. Es entspricht aber nicht dem Gemeinwohl, wenn der Bauer und der Großgrundbesitzer die Anbaufläche für Kartoffeln nach eigener Willkür zurückgehen lassen darf, um dafür Hafer zu säen, der sich nach der Konjunktur besser bezahlt macht. Wenn die Regierung das Prinzip des Produktionszwanges so durchaus scheut, dann hat sie zum mindesten die Verantwortung für den Ausgleich zu übernehmen und in eigener Regie diejenigen Produkte anzubauen, deren Erzeugung in den privaten Betrieben nachläßt.

Das sind freilich Forderungen, deren Erfüllung noch auf dem Zukunftsgebiete einer noch recht unsicheren Neuorientierung liegt. Wie diese Neuorientierung auf agrarischem Gebiete aussehen wird, läßt die Tatsache vermuten, daß die preussische Regierung jetzt in dieser Sturm- und Drangzeit, mit einer Gesetzesvorlage kommt, deren Zweck es ist, den landwirtschaftlichen Betrieb noch mehr zu privilegieren, als es bisher schon der Fall war, die Vorrechte einzelner Großgrundbesitzerfamilien in noch stärkerem Gegensatz zur Allgemeinheit zu bringen, den Großgrundbesitz noch entschiedener zu festigen. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus sind gegen die Fideikommissvorlage scharfe und berechtigte Bedenken ausgesprochen, und der Versuch, eine solche Vorlage jetzt im Kriege einzubringen, wurde als ein Bruch des Burgfriedens bezeichnet.

Eine Bodenverteilung, die den Grundbesitz verjagt, den Großen noch größer werden zu lassen und den Kleinen aufzusaugen, wirkt verderblich. Es taugt nichts für die Allgemeinheit, wenn die Macht einzelner weniger Großgrundbesitzer so überwiegend ist, daß sie die bestimmenden Richtlinien für die ganze Agrarpolitik aufstellen können. Daß der landwirtschaftliche Großbetrieb rationeller wirtschaftet, trifft keineswegs auf jeden Fall

zu. Es gibt Großgrundbesitzer, die von der Landwirtschaft keine Ahnung haben und sehr schlecht wirtschaften. Aus vielen Fideikommissen ließe sich ein weitläufiger höherer Reinertrag herauswirtschaften, wenn sie auf selbständige Kleinbauern aufgeteilt würden. Gegenden, in denen die Fideikommisswirtschaft überwiegt, leiden an starker Abwanderung, weil die Bevölkerung keine andere Existenzmöglichkeit als die der Gutsdienstbarkeit findet. Am Ende des Jahres 1909 waren in Schlesien 674 000 Hektar, das sind 2,7 Millionen Morgen, in 196 Fideikommissen gebunden. Eine so ungeheure Festlegung des Bodenbesitzes in die Hände weniger Großgrundbesitzer nimmt der Bevölkerung die Entwicklungs- und Bewegungsfreiheit.

Der neue Gesetzesentwurf stellt nun zwar gewisse Richtlinien auf, indem er eine Höchstgrenze von zehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche für die fideikommissarische Bindung zu ziehen sucht. Wie es damit jedoch in der Wirklichkeit beschaffen ist, schildert eine im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Zuschrift wie folgt:

„Im Regierungsbezirk Straßund sind nicht weniger als 21 Prozent der Gesamtfläche fideikommissarisch gebunden. Die beiden Nachbarreise des Regierungsbezirks Stettin weisen: Demmin eine Bindung von über 15 Prozent, Anklam eine solche von über 10 Prozent auf. In Kreis Rügen erreicht die Bindung fast 30 Prozent, im Nachbarreise Franzburg über 28 Prozent. Diese Zahlen umfassen allerdings die Waldfläche mit. Der Regierungsbezirk Straßund ist jedoch nicht sehr waldbreich und tatsächlich befinden sich dort nicht weniger als 21 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in der Hand der Fideikommissherren.“

Man sieht also, welche erheblicher Prozentsatz des Agrarbodens fideikommissarisch festgelegt ist. Es läßt sich wirklich nicht behaupten, daß unser Agrarherrschaft die Befreiung dieses Krieges glänzend bestanden hätte. Wir sind wirtschaftlich und im besonderen landwirtschaftlich ganz und gar nicht auf einen Krieg nach allen Fronten eingerichtet gewesen. Und mit unseren Systemen und unserer Organisation ist es keineswegs auf allen Gebieten so glänzend bestellt, wie es immer betont wird. Unsere Ernährungswirtschaft ist eins der unerfreulichsten Kapitel in der Geschichte dieses Krieges, und wir müssen jetzt durch Entbehrung und Selbstbeherrschung aufbringen, was vorher an Organisation und Vorkehrung versäumt wurde. Unter keinen Umständen darf das in Zukunft so weiter gehen, sondern es sind von einer für die Ernährungswirtschaft verantwortlichen Regie-

rungsabteilung die Richtlinien für Aussaat und Ernte aufzustellen. Die Wahrung berechtigter Interessen der Landwirtschaft ist selbstverständlich, schädlich für die Gesamtheit des Volkes aber ist es, wenn das Agrarierium sich zu einem politischen Machtfaktor entwickeln kann, der die Regierung in ihren Entschlüssen beeinflusst.

## Ein internationaler Gewerkschaftstouren?

Von berufener und unberufener Seite hat man namentlich während des Krieges uns die „Schwärmerei für das Ausland“ oder unsere Neigung zum „Internationalismus“ als schweren Fehler angerechnet. Nun hat zwar die Internationale im Kriege versagt, und gewisse Kreise spielen diesen Umstand als besonderen Trumphaut, in Wirklichkeit beruht diese als Tatsache gefeierte Erscheinung aber doch nicht so ganz auf Wahrheit. In der Arbeiterschaft aller Länder ist der Gedanke der Notwendigkeit der Internationalen absolut nicht erforderlich — im Gegenteil! Und daß dieses Faktum nicht in gebührender Nähe zur Geltung kommt, beruht außer den schwierigen Verständigungs- und Meinungsäustauschmöglichkeiten auf ebensolchen Imponderabilien, wie sie sich national und international dem Streben der Arbeiterbewegung in den Weg stellen.

Wir stehen leider wieder dem ersehnten Völkerverständnis ferner als je. Während die wirtschaftlichen Räte überall das Falsche immer mehr zur Quä maden, während sich die Opfer an Gut und Blut unübersehbar türmen, will es scheinen, als ob uns noch Schlimmeres bevorstehe. Die scheinbare Ruhe gilt den Vorbereitungen zu noch größerem Morden, es ist die Ruhe vor dem Sturm.

Ist es unter diesen Zeichen verwunderlich, wenn sich, leider zum eigenen Schaden, die Geister scheiden? Allerdings sollte der Blick auf die Zukunft, auf die eigene Existenz, nicht Allzeitigen, wie sie sich, zum Schaden der Arbeiterschaft, in der Sozialdemokratie abspielen. Zersplitterung und Abfall sind seit jeher ein Krebsgeschaden am Fleische der Arbeiterbewegung gewesen. Festigkeit in Prinzip und Weltanschauung ist auch da am Platze, wo Verzweiflung zu leichtfertigen Schritten treiben will. Jeder einzelne, insbesondere auch jeder Gewerkschaftler, muß sich dies stets vor Augen halten, um von leichtsinnigem

## Die Bedeutung der Frau als Käuferin.

Es ist ganz klar, daß die Frau einen großen Einfluß auf unsern Wirtschaftsmarkt, auf unsere gesamte Volkswirtschaft hat. Sie ist ja nicht nur stark an der Erzeugung der Waren beteiligt — wird doch etwa ein Drittel aller geleisteten Arbeit heute von Frauen vollbracht — sondern kommt auch als Verbraucherin außerordentlich in Frage. Die Frau als Käuferin — das erschließt den Blick dafür, welche Macht ihr in die Hände gegeben ist.

Gerade die Gegenstände des modernen Kunstgewerbes sind es, die besonders von den Frauen erstanden werden. Sie schafft diejenigen Dinge fast ausschließlich an, die im Familienheime zum Gebrauche oder besonders zum Schmucke dienen. Wenn sie auch manches selbst anfertigt, so bleibt doch noch vieles übrig, was sie im Laden erhebt. Fast fortwährend braucht ja die Wohnung der Ergänzungstücke, die lediglich die Frau zu besorgen hat. Dann ist zu erinnern an die vielen Feste im Zirkel des Jahres. Viele von ihnen regen zu Einkäufen an, besonders aber zu Geschenken. Denken wir an die Gaben, die den Kindern und sonstigen Familienmitgliedern gegeben werden; sie alle gehen fast ausschließlich durch die Hände der Frau.

Ihr ist deshalb eine besondere Mission zugewiesen, nämlich die, mit Geschmack zu kaufen, nur wirklich gute Ware zu erwerben. Wir leben zwar heute in einer Zeit, wo die Kunstbewegung hohe Wogen geschlagen hat. Der Hauptgedanke

dieser Bewegung, dem Schönen im Leben eines jeden Menschen die gebührende Stellung einzuräumen, hat kräftig Wurzel gefaßt, wir könnten mancherlei Beispiele anführen, wie die Kunstbewegung in der Jugendzucht ebenso wie im Leben der Erwachsenen bereits manche gute Frucht gezeitigt hat, und wir müssen doch zugeben, daß es mit der ästhetischen Empfindung in der praktischen Lebensführung unserer Massen noch herzlich schlecht bestellt ist. Wir begnügen uns noch viel zuviel mit schlechter Ware; die sogenannten „Hausgruel“ in unserer Wohnung sind durchaus keine Seltenheit; wir denken zu wenig daran, welchen Maßstab wir an die Dinge unseres Lebens anlegen sollten. Jeder Gegenstand müßte doch in erster Linie zweckentsprechend sein. Diesem Hauptfakt sind die Forderungen untergeordnet, daß er aus echtem, aus gutem Material bestehe, daß er Festigkeit und Gebiegenheit verrate, daß er wahr sei. Ueber diese selbstverständlichen Forderungen hinaus soll er durch die Kunst eine Bereicherung erfahren, auf eine höhere Stufe gehoben werden. Aber auch hierbei mag beachtet werden, daß kein Ornament sinnlos, daß jeder Schmuck am Platze sei, daß besonders durch Ueberladung der Gegenstand nicht entwertet, statt emporgehoben werde.

Wenn wir diese selbstverständlichen Maßstäbe an unsere Dinge anlegen, so werden wir gar vieles scharf beurteilen müssen. Wir begegnen in den Läden wie in den Häusern dann so vielem Schund. Da gibt es so vielerlei, was uns geradezu anläßt, in ganz empfindlicher Weise. Der schlechte Stoff ist z. B. gestrichen, gefärbt, gepreßt, übertüncht, bis er etwas Besseres zu sein scheint, als er in

Wirklichkeit nur ist. Da gibt es so vielen leichten Kram, der, leicht zusammengeschlagen, ebenso schnell zerfällt, wie er entstanden ist. Da ist der Schmuck oft so unvernünftig und geschmacklos, daß man auch nur bei ein klein wenig Nachdenken den Unsinne gewahr wird. Wenn der Gesantenrüssel eine Lampe hält, wenn der aufgesperrte Vogelkopf die Zigarrenasche aufnimmt, wenn dem Kohlenkasten die Form eines sitzenden Hundes oder Vogels gegeben wird und die Augen eines Mädchens beim Leuchter als Lichter dienen, so sind das so offensbare Geschmacklosigkeiten, daß jeder, der halbwegs auf Bildung Anspruch machen will, von solchen „Roureaux“, die zur blöden Grimasse geworden sind, abgestoßen werden sollte.

Woher rührt dieser Tiefstand unserer Geschmackskultur? Nun zu allererst und zu allermeist von unserer Großmannsucht. Wir wollen viel haben, auch wenn wir nur wenig zahlen können. Alles soll zum mindesten nach recht viel aussehen. Der Fabrikant kommt diesem Verlangen bald entgegen, indem er eben wertlosen Müßiggang herstellt, der bei seiner ganzen tatsächlichen Armut doch für den ersten Blick in die Augen sticht, der prächtig auftritt, der eine, wenn auch noch so kurze Zeit zu scheitern verheißt. Zum zweiten liegt der Grund in unserer Gedanklosigkeit, und eben auch darin, daß wir keinen Geschmack besitzen. Denn der geschmackvolle Mensch wird sich nie mit der Kamshaware in seinem Leben zufrieden geben. Uebrigens ist es sonderbar, daß wir gerade in einer Zeit, wo wir so begehrt sind, wo wir alles haben möchten, uns in Wirklichkeit mit so billigen, wertlosen Dingen begnügen.

Urteil und vor sich bitter rächender Gleichgültigkeit herab zu bleiben.

Als ruhender Pol in der Brandung der sich überfüllenden Ereignisse haben sich noch immer, trotz aller Erschütterungen, die deutschen Gewerkschaften gezeigt. Alle Versuche, den Parteihaber auch in ihre Reihen zu verpflanzen, sind zum überwiegend größten Teile abge schlagen worden. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese Standhaftigkeit auch weiterhin bestehen bleibt und daß die Einheit der gewerkschaftlichen Pfalanz den Schwierigkeiten und Kämpfen nach dem Kriege gegenüber in die Wagschale geworfen werden kann.

Erfreulicherweise sind auch die internationalen Verbindungen wieder etwas in Fluß gebracht, und wie wir hören, steht die Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses in Aussicht. Das Zustandekommen eines solchen ist ja nur zu wünschen, fraglich ist allerdings, ob es doch noch gelingt, die Schwierigkeiten, die die neuerliche Verschärfung der Lage entgegenstellt und die ebenfalls von den Regierungen gemacht werden, zu überwinden. Bedauerlich wäre dies auf jeden Fall. Zweifellos würde die Friedensstimmung, die allenthalben die Menschheit besetzt, durch die Verhandlungen, zu der auch feindliche Länder ihre Zustimmung gegeben haben, außerordentlich gestärkt. Und dieses Moment wäre ja ein Haupterfolg gegenüber den utopischen Plänen kleiner Kreise, die für die Leiden der Volksmassen kein Verständnis haben.

Aber auch für die wirtschaftliche Zukunft, für die Stärkung der Organisationsmacht der Arbeiterklassen, für die allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen könnte der geplante Kongress außerordentliche Arbeit leisten. Wie wichtig dies auch für die deutsche Arbeiterchaft ist, braucht hier wohl nicht auseinander gesetzt zu werden. Die Struktur unseres Wirtschaftslebens erfordert die Herstellung guter Beziehungen zu allen Ländern und eine Verständigung mit der Arbeiterchaft aller Länder. Der geeignete Boden hierfür wäre der Wirkungskreis des bald zusammen tretenden internationalen Gewerkschaftskongresses. Sein Zustandekommen ist uns aller Wunsch. Die mächtige Stimme der nach Frieden und Versöhnung sehenden Arbeiterklassen aller Länder würde das Gebrause der zu noch stärkerem Antiegebrachten Kriegesurie überdönen und der Menschheit wieder Wege zur Kulturarbeit vorzeichnen. Kst.

Die Frau muß hier die Hüterin einer besonderen Kultur werden. Sie ist verantwortlich für alle, die in ihrem Heim leben. Diese Menschen vertrauen mit den Dingen der Wohnung nach und nach, werden dadurch erzogen, aber ebenfugot verzogen. Für die heranwachsende Generation wird die eheliche Wohnung ganz bestimmt zur Schule des Geschmacks. Wie wir bemüht sind, wer sind sonst zur Wahrheit, zur Treue und Ehrlichkeit zu erziehen, so sollen wir auch den Sinn stärken, in den Dingen seiner Umgebung nichts Unreelles zu dulden. Geschmack und Moral haben sicher manche Zusammenhänge. Veräufertung in der Geschmacksbildung führt auch zur Veräufertung in der sittlichen Lebensführung. Wie wir daher die schlechte Literatur bekämpfen, so haben wir auch allen Anlaß, uns gegen allen Schund in den Dingen der Lebensführung zu wenden. Der Geldpreis tut es dabei nicht; wohl aber müssen die Grundzüge beachtet werden, die vorhin angedeutet wurden. Geschlecht das nicht, so verkehrt sich auch das Schenken ganz in sein Gegenteil, es ist kein Geben mehr, sondern ein Betragen, und von zarten Fäden, die sich von Seele zu Seele spinnen, kann keine Rede sein.

Auch für unsere Volkswirtschaft ist es von großer Bedeutung, daß wir allen Plunder verschaffen lernen und uns nur an gute Ware gewöhnen. Wer die schlechteste und natürlich die billigste Ware verlangt, der wird zum Lohnrücker für alle die, die diese Waren herstellen, und dazu gehört in erster Linie wieder das weibliche Geschlecht. Für die Ausfuhr aber kommt es in erster Linie auf wirklich gute Waren an. Sehr richtig

## Die Grenzen der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Wie auf allen anderen Gebieten, so gibt es auch auf dem der Genossenschaftsbewegung Optimisten und Pessimisten. Leute die alles durch eine rosige Brille betrachten und überall Entwicklungsmöglichkeiten sehen, und demgegenüber Leute, die überall Schwierigkeiten erblicken und deshalb ihre Zukunftshoffnungen sehr niedrig schrauben. Als die Konsumgenossenschaftsbewegung in Arbeiterkreisen Wurzel faßte, konnte man ganz entgegengekehrte Urteile hören. Die Freunde dieser Bewegung schwärmten vielfach von einer raschen und ungeahnten Entwicklung und sahen schon im Geiste unser ganzes Wirtschaftsleben genossenschaftlich organisiert, die Gegner prophezeiten, daß nach einem kurzen Aufblühen ein jämmerlicher Zusammenbruch eintreten werde. Der Krieg hat den Konsumgenossenschaften viele neue Freunde zugeführt und neue Aussichten eröffnet. Der Glaube, daß die freien Genossenschaften nach dem Kriege den größten Teil des privaten Handels an sich ziehen und sozial neuorientieren werden, ist weit verbreitet. Gegen eine solche Auffassung der Dinge wendet sich der bekannte Volkswirtschaftler Dr. Franz Oppenheimer. Auch er setzt große Hoffnungen auf die Konsumvereinsbewegung,

„weil die organisierten Konsumenten in der Lage sind, auch einen großen Teil der Produktion zu übernehmen und der kapitalistischen Bewirtschaftung bauend zu entziehen. Der Konsumverein ist offenbar in Grenzen gebannt, die, wenn überhaupt, nur sehr langsam erweitert werden können. Er kann bei äußerster Ausdehnung die große Masse der Städter mit allen Befriedigungsmitteln der Notdurft und des großen Behagens versorgen, und hat selbst da Schwierigkeiten. Die genossenschaftliche Fleischversorgung z. B. mißglückt fast immer, weil die beamteten Vieheinläufer dem Kaufmannsgeiste der privaten Fleischer nicht gewachsen sind: sie kaufen zu teuer. Aber selbst, wenn wir davon absehen würden und auch darüber forschtlichen wollen, daß der Konsumverein in kleinen Städten ohne viel Industrie und Proletariat bisher kaum hat aufkommen können, so wird doch immer bestehen bleiben, daß er die Artikel des feinen Behagens und des Luxus unmöglich führen kann, an denen sich ein entwickelterer Geschmack fättigen wi.“

Bemerkte Neumann in seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik“ hierzu: „Nur Waren, die nicht jeder nachahmen kann, erleichtern das Dasein eines Volkes. Was sich in der Welt bezahlt macht, ist stets nur die höhere Qualität.“ Aller Schund ist, volkswirtschaftlich angesehen, Materialverschwendung. Schon mit Rücksicht auf den zukünftigen Absatz im Auslande müssen wir uns deshalb an die gute Qualität gewöhnen. Wir müssen in unserer gesamten Lebensführung hohe Ansprüche im guten Sinne stellen, um dadurch Vorbild zu sein, die Kultur anderer Völker zu beeinflussen. „Die gute Arbeit muß deshalb Volksscharakter werden.“

Es ist von weittragender Bedeutung für den einzelnen wie das ganze Volk, daß wir geschmackvoll kaufen und leben, daß wir uns nicht nur unserer Käuferrechte, sondern auch unserer Konsumentenpflichten bewußt werden. Dieser Pflicht nachzugehen wird uns übrigens zum Gewinn. Denn nichts im Leben bezahlen wir teurer als den Schund; dafür verschleudern wir jährlich Millionen. Und dieser Erziehungsgedanke muß im Heim seine Wurzeln schlagen, und die Frau ist seine Trägerin. Man rühmt dem weiblichen Geschlecht einen höheren Geschmack, einen empfänglicheren Blick nach und das mit recht. Nun gut, so mag die Frau um so besser die ihr zugewiesene Aufgabe erfüllen. P. H.

Offenbar betrachtet Oppenheimer die Konsumgenossenschaftlichen Ausdehnungs- und Entwicklungsmöglichkeiten mit dem Auge eines Pessimisten, weil er die Fortschritte der Konsumvereine nicht genau verfolgt hat und nur aus dem Gefühl heraus urteilt. Es trifft nicht zu, daß die genossenschaftliche Fleischversorgung fast immer mißglücke. Es bestehen schon recht große Betriebe, die das Gegenteil schlagend beweisen. Auch daß der private Fleischer dank seinem „Kaufmannsgeist“ billiger kauft als der Genossenschaftler, ist ein Vorbehalt, der dem guten Metzgermeister ganz unbedientermaßen gewunden wird. Auch in den Genossenschaften steckt genügend Kaufmannsgeist, um Ware zu angemessenem Preise zu sichern. Wir sind überzeugt, daß Herr Dr. Oppenheimer noch das Ersehen manches blühenden genossenschaftlichen Fleischverforgungsbetriebs erleben wird. Grundfalsch ist auch, wie die Geschäftsberichte zahlreicher Konsumvereine zeigen, die Annahme, daß Bestehen von Konsumvereinen sei an Großstädte mit viel Industrie und Proletariat gebunden. Leider sind vielfach die Großstädte, allen voran Berlin, in der Konsumgenossenschaftsbewegung hinter kleinen Orten ohne jene günstige Vorbedingungen zurückgeblieben, und nur halb und nur auf absehbare Zeit richtig ist die Auffassung, Konsumvereine vermöchten die Artikel „des feinen Behagens und des Luxus“ nicht zu führen. Das gilt heute im allgemeinen in Deutschland noch, in Großbritannien z. B. ist es aber schon ziemlich überwindener Zustand; der auch bei uns über kurz oder lang aufhören wird, weil den Verbrauchern damit gar nicht gebient ist.

Uebrigens erkennt Dr. Oppenheimer an, daß die Konsumvereine noch ein ungeheuer großes Arbeitsgebiet vor sich haben. Der Kaufmann müsse überall zurücktreten, wo seine eigene Arbeit die Wege zwischen Erzeuger und Verbraucher so glatt ausgeschliffen hat, daß es keines Vermittlers mehr bedarf. Das sei immer sein Schicksal und seine eigentliche wirtschaftspolitische Funktion gewesen, sich selbst immer wieder entbehrlich zu machen. Darum wünscht er den Genossenschaften freieste Bahn auf allen Gebieten, auf denen sie ihrer Natur nach erfolgreich arbeiten können. Das ist der richtige Standpunkt gegenüber den Konsumgenossenschaften: keine Bedrückung und Schikanierung, sondern freie Bahn für ihre Betätigung, damit sie zeigen können, was sie zu leisten vermögen.

## Korrespondenzen.

Hannover. Die Generalversammlung fand am 31. Januar statt. Das Andenken der Mitglieber Hermann Othmer und Franziska Rinke wurde in üblicher Weise geehrt. Der Kollege Spatkuhl gab den Kassenbericht des vierten Quartals; derselbe ergab eine Einnahme von 1043,60 Mk. und eine Ausgabe von 944,97 Mk., so daß noch 98,63 Mk. an die Hauptkasse gelangt wurden. Die Einnahme der Ortskasse ergab inf. Kassenbestand vom 31. Oktober 1916: 1434,82 Mk., dem eine Ausgabe von 434,68 Mk. gegenüber stand, so daß am 31. Dezember 1916 ein Kassenbestand von 1000,14 Mk. vorhanden war. Arbeitslos waren zwei männliche Mitglieber 24 Tage und zwei weibliche Mitglieber 12 Tage, zusammen vier Mitglieber 36 Tage. Krank waren zehn männliche Mitglieber 132 Tage und sieben weibliche Mitglieber 192 Tage, zusammen 17 Mitglieber 324 Tage. Unsere Mitglieberzahl gina durch erneute Einziehung wieder um einige zurück. Die Jahresrechnung und -ausgabe betrug für die Hauptkasse 4195,30 Mk. Hier von wurden an die Hauptkasse 1044,47 Mk. gesandt. Für Arbeitslose wurden 180,15 Mk. und für Kranke 457,75 Mk., sowie für die Familien der Kriegsteilnehmer 225,- Mk. ausbezogen. Die Jahresrechnung der Ortskasse betrug inf. Kassenbestand vom 31. Dezember 1915: 2159,47 Mk., die Ausgabe 1159,33 Mk., so daß am 1. Januar 1917 ein Kassenbestand von 1000,14 Mk. verblieb. Trotz der hohen Ausgaben ist eine Vermehrung des Bestandes eingetreten. Arbeitslos waren im vorigen Jahre sieben männliche 72 Tage und 22 weibliche 570 Tage, zusammen 29 Mitglieber 642 Tage. Krank waren in derselben Zeit 25 männliche 384 Tage und 46 weibliche 1248 Tage, zusammen 71 Mitglieber 1632 Tage. Kollege Leopold befürwortete die Nichtigkeit der Kasse und betonte, Bücher, Belege und Quittungen sowie Kassenbestand seien von den Revisoren in besser Ordnung befunden, und beantragte daher, dem Kassierer

Entlastung zu erteilen, was auch geschah. Nachdem Kollege Spatzl noch einige Angaben des näheren erläutert hatte, sprach er allen Vorstandsmitgliedern für ihre Mitarbeit seinen besten Dank aus und ersuchte sie, auch im neuen Jahre wieder mitzuarbeiten, denn Einigkeit macht stark. Bei den Wahlen wurden die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt bis auf die Kollegen Fürchtenicht und Wierbold, welche neu hinzu gewählt wurden. Ueber die Feuerungszulagen ist zu berichten, daß die Prinzipale im allgemeinen den Ausschlag von 50 Prozent auf die alten Feuerungszulagen zahlen; in einigen Fällen mußte die Ortsverwaltung doch vorstellig werden, und zwar mit Erfolge. Kollege Spatzl hielt dann einen Vortrag über das Abwärtensgesetz. Die Ausführungsbestimmungen und die Ausstellungsverpflichtung der Abwehrscheine erweckten das regste Interesse der Kollegenschaft. Nach einer Debatte hierüber erfolgte Schluß der Versammlung.

## Kundschau.

**Störung des gewerkschaftlichen Zusammenhanges durch katholische Geistliche.** Obwohl in den letzten Monaten, veranlaßt vor allem durch das Hilfsdienstgesetz, eine Annäherung zwischen christlichen und freien Gewerkschaften stattgefunden hat, bringen es katholische Geistliche auch in der Kriegszeit fertig, die alten Leidenhüter über die angeblichen politischen und religiösen Tendenzen der freien Gewerkschaften aufzuwärmen. Der nachstehend abgedruckte Brief ist von einem katholischen Geistlichen in Kappel bei Freiburg i. N. geschrieben. Der Adressat ist ein Arbeiter, welcher in einem kleinen Erzeugerwerk beschäftigt ist. Das übrige ergibt sich aus dem Text des Schreibens, das folgenden Wortlaut hat:

Kappel im Tal, den 7. Februar 1917.  
Gehrier Herr

Sie werden schon gehört haben, daß der sozialdemokratische Arbeitersekretär Marbloß, welcher am Sonntag vor acht Tagen in der Versammlung der Bergleute im Stern sprach, am nächsten Sonntag über acht Tagen schon wieder eine zweite Versammlung halten will, um Euch Bergleute, wovon er das erstemal wohlweislich geschwiegen, in die sogenannte neutrale, in Wahrheit aber sozialistische Gewerkschaft hineinzutreiben.

Sobiel ich mich ausnenne, wollen aber unsere Leute, abgesehen von den fremden Schreibern und einigen Verführten, von der Sozialdemokratie nichts wissen. Denn sie wissen, daß die Sozialdemokratie sich mit dem Christentum und zumal mit der katholischen Religion absolut nicht verträgt, da sie ganz und gar auf dem Unglauben beruht, keinen Gott kennt und den Himmel den Späßen überläßt, somit dem Arbeiter unendlich mehr raubt, als sie ihm je zu geben vermag. Und Ihr wißt auch, daß Ihr das, was sie verspricht, einen höheren Lohn, auch ohne sie bekommt.

Um Euch deshalb vor der Euch drohenden Gefahr zu warnen und Euch über das Wesen der Sozialdemokratie aufzuklären, werden wir am nächsten Sonntag, den 11. d. Mts., auch im Stern, nachmittags 3 Uhr, eine Versammlung abhalten, wozu Ihr alle eingeladen seid. Herr Sanitätsabgeordneter Reinhardt und Herr Sekretär Halter vom katholischen Volksbureau in Freiburg werden sprechen. Sie werden auch das Hilfsdienstgesetz nochmals zur Sprache bringen und Euch auch mit der christlichen Arbeiterorganisation bekannt machen.

Was wir ja schon vor dem Kriege beim St. Barbarafest besprochen haben, daß wir hier eine christliche Knappschaft gründen wollen, das soll dann, wenn Ihr damit einverstanden seid, zur Wahrheit und Wirklichkeit werden. Und es sollen alle christlich gesinnten Bergleute sämtlicher Orte in derselben vereinigt werden.

Für die Bergleute von Kirchgarten, Oberried und Hofgrund sind Einladungen an die betreffenden Pfarrer geschickt worden.

Anliegend sende ich Euch 50 Einladungen für die Arbeiter von Kappel im Bergmannsheim. Der Herr Bürgermeister hat gemeint, ich soll sie Euch schicken, Ihr werdet es am besten besorgen.

Ich danke Euch zum voraus für die Mühe und hoffe, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird.

Mit freundlichem Vergnügen  
Peter, Pfarrer.

Es ist überflüssig, in eine Widerlegung der Sozialdemokratie gemachten Vorwürfe einzutreten. Das alte Spiel, sich um die wirtschaftlichen Interessen der christlichen Arbeiter erst dann zu kümmern, wenn die freien Gewerkschaften an die Erledigung

dieser notwendigen Arbeit gehen, wiederholt sich auch hier. Aber trotz der Eufestmachung vor der „gottlosen Sozialdemokratie“ scheint der Erfolg der christlichen Agitation in der inzwischen am 11. Februar stattgefundenen Versammlung kein besonders großer gewesen zu sein, denn am Tage darauf erschienen der in dem pfarrherrlichen Briefe genannte Volksbureau-Sekretär Halter bei dem Arbeitersekretär Marbloß, dem Vertreter der freien Gewerkschaften, und machte den Vorschlag, „doch gemeinsam die Sache zu machen“, d. h. eine weitere Versammlung einzuberufen, in der nebeneinander Gewerkschaftsvertretern antworten sein sollten. Dem christlichen Werber mußte allerdings mitgeteilt werden, daß es dazu zu spät sei, denn in der nächsten Versammlung werde bereits die Vorstandswahl für die schon gegründete Zahlstelle eines freigewerkschaftlichen Verbandes vorgenommen. So mußte der Beauftragte der katholischen Gewerkschaftsvertreter mit langem Gesicht und verjaagtem Erfolge abziehen.

**Abschluß der Lohnbewegung in der Herrenmaßschneiderei.** Nach zweitägigen Verhandlungen am 16. und 17. Februar in Nürnberg unter Vorsitz der Unparteiischen Magistratsrat v. Schulz-Berlin, Stadtrat Dr. Hiller-Frankfurt a. M. und Gewerbegerichtsrat Sartorius-München einigten sich die Gehilfenverbände mit dem Allgemeinen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe auf nachstehende Vereinbarungen, durch die die Bewegung ihren Abschluß gefunden hat:

1. Lohnfrage. 1. Stücklohn. Auf sämtliche verdienten Löhne wird einschließlich des Streckungszuschlages eine feste 25prozentige Erhöhung gewährt.

2. Zeitarbeit. Während der Dauer der Streckungsverordnung erhalten die Tag- und Wochenlöhne den in ihren Tarifen angelegten Tag- und bezw. Wochenlohn ohne weiteren Zuschlag unberührt. Mit dem Wegfall der Streckungsverordnung tritt auf diese Tag- und Wochenlöhne eine Erhöhung von 25 Prozent ein. Bei Beschäftigung in Stundenlohn werden 25 Prozent Zuschlag gewährt.

In allen vorstehenden Fällen erhöhen sich jedoch die tariflichen Löhne bis 38 Pf. einschließlich um 5 Pf., bis 41 Pf. einschließlich um 4 Pf., bis 44 Pf. einschließlich um 3 Pf., bis 47 Pf. einschließlich um 2 Pf., bis 50 Pf. einschließlich um 1 Pf.

3. Alle während des Krieges in irgendeiner Form gewährten Zuschläge kommen mit Gewährung des 25prozentigen Zuschlages in Wegfall.

4. In den Geschäften, welche der Streckungsverordnung nicht unterliegen, tritt ab 1. März 1917 der Zuschlag von 25 Prozent auf die Tag- und Wochenlöhne ein.

II. Unter diesen Voraussetzungen wurden alle bestehenden Tarife verlängert; sie können als Ganzes unter Einhaltung einer dreimonatlichen Kündigungsfrist, die zum Ersten eines jeden Monats zulässig ist, gekündigt werden.

Der Kündigung hat eine einmonatliche Ansagung vorauszugehen. Nach erfolgter Ansagung sind sofort die Verhandlungen zum Abschluß eines Reichstarifs in Angriff zu nehmen, dessen Inkrafttreten auf den Ablauf der Kündigungsfrist festgesetzt wird.

III. Uebergangsbestimmungen. Diese neuen Vereinbarungen treten am 1. März 1917 in Kraft. Alle Stücke, welche nach dem 1. März 1917 in Angriff genommen werden, werden nach den neuen Sätzen entlohnt. Stücke, welche vor dem 1. März 1917 in Angriff genommen und noch nicht vollendet worden sind, erhalten den Zuschlag nur für die Arbeit, die nach dem 1. März 1917 geleistet worden ist.

35 Prozent Lohnerrhöhung in der Herren- und Knabenkonfektion. Zwischen dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiterinnen, dem Gewerverein der Schneider und dem christlichen Schneiderverband einerseits, und dem Arbeitgeberverein der Herren- und Knabenkonfektion haben am 12. und 13. Februar in Berlin Tarifverhandlungen stattgefunden, als deren Resultat folgendes vereinbart wurde:

1. Auf den Gesamtlohn wird ab 1. April 1917 ein Zuschlag von 35 Prozent gezahlt.

2. Alle noch nicht geregelten Zeit-, Akkord- und Zeitlöhne der Werkstattarbeiter werden zwischen den Ortsgruppen der beiderseitigen Verbände tariflich vereinbart.

3. Einer etwaigen Serienverschiebung nach unten soll seitens der vertragsschließenden Parteien mit allen Mitteln entgegen gewirkt werden.

4. Die aus dem Heeresdienst Entlassenen sollen wieder in derselben Serie beschäftigt werden, in der sie vorher gearbeitet haben.

5. Zur Beilegung aller aus dem Tarifvertrag etwa entstehenden Streitigkeiten wird ein Hauptschiedsgericht gebildet, das spätestens am 1. Juni 1917 in Kraft treten soll. Bis dahin entscheiden die örtlichen Vertrauenspersonen, event. unter Sinngleichung eines Unparteiischen.

6. Die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Auspender sollen bezüglich ihrer Entlohnung gemaß abgeholt werden.

Zu bemerken ist, daß, solange die Streckungsverordnung vom 4. April 1916 besteht, die Lohnerrhöhung 25 Prozent beträgt. Der Streckungszuschlag beträgt 10 Prozent, für Zwischenmeister 7 Prozent, dazu kommen die 25 Prozent Erhöhung. Wenn die Streckungsverordnung fällt, tritt die allgemeine Erhöhung von 35 Prozent auch für Zwischenmeister in Kraft. Diese Vereinbarungen haben Gültigkeit bis ein Jahr nach Friedensschluß, von da ab besteht beiderseitige viermonatige Kündigung. Die Vereinbarungen haben Gültigkeit für sämtliche Orte und Bezirke der Engroskonfektion im ganzen Reich, auch dort, wo die Tarife nicht gekündigt sind, mit Ausnahme von Aschaffenburg. Der Arbeitgeberverband wird sich jedoch bemühen, daß die Ortsgruppe Aschaffenburg sich den Vereinbarungen anschließt.

**Mit dem Streikbrecher muß man nicht arbeiten!** Ein vernünftiges Urteil hat vor kurzem ein schwebisches Gericht gefällt. Bergarbeiter hatten sich geweigert, mit einem Streikbrecher, der früher der Organisation angehört hatte, zusammen zu arbeiten. Der betreffende Arbeiter hatte an den Beratungen der Gewerkschaft vor dem Streik selbst mit teilgenommen, und er hatte auch mit den anderen gemeinsam die Arbeit eingestellt. Nachdem er drei Monate Streikunterstützung bezogen hatte, war er aus der Organisation ausgetreten und hatte die Arbeit wieder aufgenommen. Im Urteil des Gerichtes hieß es, daß die Arbeiter nicht verpflichtet werden könnten, mit einem solchen Manne wieder zusammen zu arbeiten.

IK. **Präsident Wilson gegen Streiks.** In seiner Botschaft vom 4. Dezember 1916 an das Bundesparlament erklärte Präsident Wilson, daß die Absicht bestehe, das Streikrecht einzuschränken. Brechen Streikaktionen aus, die zu einem Streik führen können, so soll eine Kommission eingesetzt werden, um die Streitpunkte zu untersuchen. Solange die Untersuchung nicht abgeschlossen ist, soll es den Arbeitern unterlassen sein, in den Streik einzutreten.

Präsident Wilson hat somit die Absicht, das Lemieux-Streikgesetz von Kanada nach den Vereinigten Staaten zu verpflanzen. Seine Botschaft hat unter den amerikanischen Gewerkschaften großes Aufsehen erregt. Wie das New Yorker sozialistische Blatt „Call“ vom 6. Dezember v. J. mitteilt, hat Comperis erklärt, daß die amerikanischen Arbeiter gar nicht geneigt seien, sich ihre Rechte und Freiheiten nehmen zu lassen. Streikverbote haben sich überall machtlos gezeigt. Arbeitseinstellungen zu verhüten. Auch in Australien und in Kanada, wo Streikverbote in einer oder der anderen Form bestehen, seien Arbeitseinstellungen nicht verhütet worden. Die Erklärung Wilsons bedeute eine Bedrohung der amerikanischen Arbeiterklasse.

**Ehren-  Tafel**

**für unsere im Felde gefallenen Soldaten.**

---

Den Tod auf dem Schlachtfelde erlitten unsere Kollegen:

**Oskar Diebner,**  
geboren am 4. April 1896, gefallen am 28. September 1916 in Russland.

**Franz Seidt,**  
Rotationсарbeiter (Rub. Woffe), geboren am 29. Juli 1884, gefallen im Januar in Rumänien.

**Ernst Neumann,**  
Folger (Aug. Scherl), geboren am 16. Juli 1888, gestorben im Lazarett am 7. Februar 1917.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen  
**Die Zahlstelle Berlin.**